

Ergebnisprotokoll

der **8. Sitzung** des Runden Tisches der BAB A 281, Bauabschnitt 2/2
am **10.03.2011** um 17.00 Uhr beim
Senator f. Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Ansgaritorsaal, Wegesende 23, 28195 Bremen

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste
Moderatoren: Frau Annemarie Czichon
Herr Dr. Hans-Christoph Hoppensack
Protokollführerin: Frau Daniela Bugl

Die von den Moderatoren vorgeschlagene **Tagesordnung**

1. Protokoll der 7. Sitzung
2. Aktuelles
3. Fortsetzung der Vorauswahl von Prüfvarianten
4. Weiteres Vorgehen (z.B. Einsetzen einer Arbeitsgruppe)
5. Verschiedenes

wurde einvernehmlich beschlossen.

1. Protokoll der 7. Sitzung (02.03.11)

Es lagen keine Änderungswünsche gegenüber der Fassung vom 09.03.11 vor. Das Protokoll wurde genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben.

2. Aktuelles

Wie bereits in der vorigen Sitzung durch einen Vertreter des Senators für Wirtschaft und Häfen (SfWH) mitgeteilt (siehe 7. Sitzung TOP 6a.), hat sich die Deputation mit den Grundstücksbelangen bei Airbus, Hornbach und Opel Bergmann befasst. Zu diesem Sachverhalt erkundigten sich die BIn, was genau beschlossen worden sei und welche Konsequenzen sich daraus für die Trassenführung der A 281 BA 2/2 ableiten ließen.

Dazu erklärte ein Vertreter des SfWH, der Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft habe die Grundstücksankäufe und -tausche genehmigt. Bis zur nächsten Deputationssitzung (Anfang Mai) sei vorgesehen, die Verhandlungen mit Airbus zum Abschluss zu bringen. Zudem wurde durch den Vertreter des SfWH darauf hingewiesen, dass bereits in der 3. Sitzung des RTs Einigkeit darüber hergestellt worden sei, dass die vorgestellten

Grunderwerbe keine Beeinträchtigung für eine der denkbaren Lösungen einer Trassenführung für den BA 2/2 darstellen und insofern keine Bedenken seitens des RTs bestehen. Der Unterschied bestehe ausschließlich darin, dass die Grundstücksankäufe und – tausche nun zunächst durch Bremen (und später durch den Bund) getätigt würden.

3. Fortsetzung der Vorauswahl von Prüfvarianten

Ein Vertreter des GVZ berichtete zu Beginn dieses TOPs von einem Gespräch am 09.03.11 mit Vertretern der BIn, an dem zeitweise auch Vertreter der Handelskammer und die Moderatoren teilgenommen haben. Dort sei versucht worden, ein Einvernehmen über eine Vorauswahl der Varianten 4 und 8 herbeizuführen.

Aus Sicht der Wirtschaft werde die Variante 8 jedoch nicht für finanzierbar und damit nicht für realisierbar gehalten und brauche insofern auch nicht geprüft zu werden.

Demgegenüber unterstrichen Vertreter der BIn, dass sie neben der Variante 4 auch eine Prüfung der Variante 8 für unabdingbar hielten; mit einer Prüfung der Variante 5 seien sie einverstanden, auch wenn diese aus ihrer Sicht zahlreiche Nachteile aufweise. Eine Variante 4 müsse nach Auffassung der BIn einen Tunnel und Trog vor Huckelriede in der dargestellten Länge aufweisen solle keine Ausweitung des Kreuzungsbereichs Neuenlander Str./Kattenturmer Heerstr. beinhalten und sei durch verkehrslenkende Maßnahmen in der Kattenturmer Heerstraße sowie durch Lärmschutz für den Zubringer Arsten zu ergänzen.

Zu der durch die BIn gewünschte Prüfung der 8. Variante entstand am RT eine ausführliche Debatte:

Viele Teilnehmer des RTs sprachen sich dafür aus, diese Variante nicht mit in die Prüfung zu nehmen, da sie, wie bereits durch Senator Dr. Loske erläutert, nicht die Rahmenbedingungen des Bundes erfülle und zudem keine Lösung sei, die zeitnah umgesetzt werden könne. Weiterhin wurde durch den Vertreter des SUBVE davor gewarnt, dass eine falsche Außenwirkung entstehe, wenn unrealistische Varianten auf die gleiche Prüfebene wie durchführbare Varianten gehoben würden.

Andere Teilnehmer unterstützten den Wunsch der BIn, diese Variante im Prüfverfahren zu belassen. So könnten Erkenntnisse und Daten aus der Arbeit des früheren Runden Tisches zur B6n, z.B. zu den Verkehrsmengen oder zu den Kosten, über die gegenwärtig noch spekuliert werde, verwendet bzw. bestätigt oder widerlegt werden. Sollte die Variante 8 in der weiteren Prüfung Schwachstellen, wie z.B. Kostenüberschreitung oder einen zu großen Zeitraum bis zur Realisierung aufweisen, müsste diese Variante aus der weiteren Prüfung ausgeschlossen werden.

Die BIn machen ergänzend deutlich, dass aus ihrer Sicht der Runde Tisch nur einen Sinn hat, wenn er den BürgerInnen mehr Möglichkeiten der Einflussnahme gibt als die vom BVerwG gerügten Abwägungsmängel zu beheben.

Die BIn plädierten ferner dafür, dass eine B6n nur als Bremer Vorzugsvariante mit Untertunnelung des Flughafens realisiert werden dürfe, und forderten die Vertreter aller Bürgerchaftsfraktionen auf, keiner Änderung des Flächennutzungsplanes zuzustimmen, die dies nicht gewährleisten, und dieses auch in evtl. Koalitionsvereinbarungen festzuschreiben.

Auf Nachfrage erklärten Vertreter der DEGES, dass man bei einer Einbeziehung der Variante 8 in die Prüfung weitestgehend auf die Materialien des RT zur B6n zurückgreifen könne und insofern nicht mit weiteren zeitlichen Verzögerungen zu rechnen sei. Die BIn erwarten zusätzliche Informationen zum Baugrund, zum Bauverfahren, zur Kostenkalkulation und den verkehrlichen Wirkungen der Anbindung an die A 1 bei Brinkum. Zum Baugrund erklärte der Vertreter der DEGES, dass dazu hinreichende Informationen verfügbar seien.

Der Vertreter der Handelskammer regte an, alle noch in der Diskussion befindlichen Varianten in der geplanten Arbeitsgruppe (s. nächster TOP) einer Prüfung zu unterziehen und Anfang April dem RT über die Ergebnisse zu berichten. Dann könne der RT entscheiden, welche Varianten noch weiter verfolgt werden sollten.

Diesem Vorschlag wurde einvernehmlich entsprochen, so dass nunmehr ein Prüfverfahren für die **Varianten 0, 4, 5 und 8** durchgeführt wird. Für alle Varianten werden mehrere Übergangspunkte für den Anschluss an die B6n geplant. Die BIn bezweifeln, dass dieses tatsächlich zwingend ist und verweisen auf eine konzeptionelle Untersuchung zur Verknüpfung von BA 2.2 und B6n vom Oktober 2002, in der nur ein Übergabepunkt an der Querspange empfohlen wurde.

4. Weiteres Vorgehen (z.B. Einsetzen einer Arbeitsgruppe)

Es wurde Konsens darüber erzielt, zur Beschleunigung und Intensivierung der Arbeit am RT eine Arbeitsgruppe, wie von den Moderatoren vorgeschlagen, einzusetzen. An dieser AG können alle Interessengruppen mit jeweils maximal zwei Vertretern teilnehmen; die Sitzungen der AG finden nichtöffentlich statt. Die AG berichtet dem Plenum des RTs über ihre Ergebnisse.

Die Vertreter der Bürgerschaftsfraktionen erklärten, auf die Teilnahme an der AG verzichten zu wollen.

Die **AG** tagt an den für den RT vorgesehenen Terminen am **16.03.11**, am **18.03.11** und evtl. am **30.03.11**, jeweils im Hause der DEGES.

5. Verschiedenes: *keine Wortmeldungen*

Nächste Sitzung

- Die **1.Sitzung der Arbeitsgruppe** findet am **16.03.2011 von 17 bis 19.30 Uhr** bei der DEGES, Hanseatenhof 8, statt.
Die Sitzungen der Arbeitsgruppe sind nicht öffentlich.

Die Sitzung wurde um 19:45 Uhr geschlossen